

Mündliche Anfragen

für die Fragestunden der 114. und 115. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 17. August 2000, und am Freitag, dem 18. August 2000

1. Abgeordnete Dr. Bernhard Braun und Gisela Bill
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Lehrerinnen- und Lehrermangel zum Beginn des Schuljahres in Rheinland-Pfalz**
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie viele Schulstunden fielen in der ersten Schulwoche des Schuljahres 2000/2001 aus?
 2. Welche Regionen und Städte waren und sind vom akuten Lehrerinnen- und Lehrermangel besonders betroffen?
 3. Welche kurzfristigen Maßnahmen plant die Landesregierung, um die offenen Stellen an den rheinland-pfälzischen Schulen besetzen zu können?
 4. Wie hoch wird der strukturelle Unterrichtsausfall im Schuljahr 2000/2001 nach den Plänen und Erwartungen der Landesregierung sein?
2. Abgeordnete Elke Kiltz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Gentechnische Veränderung von Lebensmitteln**
- Ich frage die Landesregierung:
1. Wie beurteilt sie die Ergebnisse der Zeitschrift Warentest (August 2000) bei der Stichprobenkontrolle von Lebensmitteln auf gentechnische Veränderungen?
 2. Entsprechen diese Ergebnisse auch den Erfahrungen der rheinland-pfälzischen Lebensmittelkontrolle oder weichen sie davon ab?
 3. Welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung einerseits in der gesetzlichen Vorgabe der Kennzeichnung und andererseits in der praktischen Umsetzung?
 4. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, die Erzeugerinnen und Erzeuger und Verarbeiterinnen und Verarbeiter von Öko- oder konventionellen Erzeugnissen ohne Gentechnik vor gentechnischer Verunreinigung durch Auskreuzung oder durch Verarbeitungswege zu schützen (beispielsweise Bekanntgabe von Feldern mit transgenen Pflanzen, Datenbank Gentechnikfrei)?

Hinweis der Landtagsverwaltung:
Alle Mündlichen Anfragen sind fristgerecht zur Sitzung am Donnerstag, dem 17. August 2000, eingegangen.

3. Abgeordnete

Gisela Bill

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rechtsaufsicht des Landes über die Kassenärztliche Vereinigung Rheinhesen

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurde das die Rechtsaufsicht über die Kassenärztliche Vereinigung Rheinhesen führende Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit bezüglich des Verdachts des Honorar Betrugs eines Vorstandsmitglieds erst am 7. August 2000 – nach öffentlicher Berichterstattung – mit der Aufforderung tätig, der Beschuldigte möge seine Aufgaben als Vorstandsmitglied für die Kontrolle der Honorarabrechnungen ruhen lassen, obwohl die Tatsache der Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft und deren Gründe dem Ministerium bereits seit langem bekannt waren?
2. Wie beurteilt die Rechtsaufsicht führende Behörde die Tatsache, dass der Vorsitzende des Laborausschusses der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinhesen bereits rechtskräftig wegen Abrechnungsbetrugs im Laborbereich verurteilt wurde?
3. Wie bewertet die Landesregierung die erklärte Absicht von Vorstandsmitgliedern der Kassenärztlichen Vereinigung, offensichtliche Betrugsfälle lediglich intern zu lösen, statt diese den Justizbehörden zu übergeben?
4. Sieht sich die Landesregierung durch den vorliegenden Fall in ihrer Auffassung bestärkt, dass die Struktur der Kassenärztlichen Vereinigungen dringend einer Reform hin zur professionellen Geschäftsführung bedarf, wie dies im vergangenen Jahr von der Bundesgesundheitsministerin vorgeschlagen wurde, und ggf., was wird die Landesregierung dazu unternehmen?

4. Abgeordneter

Dietmar Rieth

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

AKW Mülheim-Kärlich nach dem Atomkonsens

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann wurde oder wird der Genehmigungsantrag zur 1. TG Neu/2 von der Antragstellerin RWE zurückgezogen?
2. Welche Gründe liegen vor, dass der Schadensersatzprozess vor dem OLG Koblenz nicht erledigt ist, sondern nur auf Antrag der Prozessbeteiligten RWE und Land Rheinland-Pfalz der nächste Verhandlungstermin aufgehoben wurde?
3. Welche Regelungen hat die Landesregierung mit der RWE zur Begleichung der Gerichts- und Anwaltskosten im Schadensersatzprozess vereinbart?
4. Zu welchem Zeitpunkt erwartet die Landesregierung die Beantragung der Abrissgenehmigung für das AKW Mülheim-Kärlich?

**5. Abgeordnete Erhard Lelle
und Josef Keller (CDU)****Unterrichtssituation an den allgemein und berufsbildenden Schulen des Landes zum Schuljahresbeginn 2000/2001**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Lehrerinnen und Lehrer haben in den letzten vier Wochen vor Unterrichtsbeginn die ihnen zugesagten Stellen an den Schulen des Landes abgesagt?
2. Wie verteilen sich diese Stellen auf die einzelnen Schularten?
3. Wie viele Lehrerinnen und Lehrer haben am ersten Schultag die ihnen zugesagten Stellen nicht angetreten?
4. Wie viele der angekündigten 600 Vollzeitlehrerstellen waren zum Schuljahresbeginn noch nicht besetzt?

6. Abgeordnete
Michael Billen und
Dieter Schmitt (CDU)

Ernteschäden in der Landwirtschaft

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch sind nach Einschätzung der Landesregierung die Ernteschäden durch Feuchtigkeit in den Regionen von Rheinland-Pfalz?
2. Wie wirken sich diese Schäden nach Auffassung der Landesregierung auf die Existenz der Landwirte aus vor dem Hintergrund der Agenda 2000 und den die Landwirtschaft betreffenden Beschlüssen der rot-grünen Bundesregierung?
3. Wie viele Betriebe werden durch die Ernteauffälle nach Auffassung der Landesregierung in ihrer Existenz gefährdet?
4. Was gedenkt die Landesregierung angesichts dieser Situation zu tun?

7. Abgeordneter
Alexander Licht (CDU)

Sonder- bzw. Krisendestillation der EU

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist die Landesregierung mittlerweile in der Lage und bereit, umfassend und detailliert über die Bedingungen einer Sonder- und Krisendestillation zu informieren?
Wenn ja, in welcher Weise kann dies für Rheinland-Pfalz in der Umsetzung zum Herbst 2000 zum Tragen kommen?
2. Welche Weine mit welchen formalen Voraussetzungen können dabei von Winzerbetrieben, Erzeugergemeinschaften bzw. Handelsunternehmen nach derzeitigem Informationsstand in Frage kommen?
3. Mit welchen Preisen kann in einer solchen Abwicklung bei welchem Erlös pro 1 000 Liter gerechnet werden?

8. Abgeordneter
Dr. Josef Rosenbauer
(CDU)

Multimediawettbewerb Rheinland-Pfalz 2000

Die Landesregierung hat im Rahmen des Multimediawettbewerbs 2000 „Internet lernen – wir tun's“ Konsortien aus Rheinland-Pfalz dazu aufgerufen, innovative und tragfähige Ideen und Konzepte auf dem Gebiet Multimedia vorzustellen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele bzw. welche Konsortien haben sich auf Grund des Aufrufs der Landesregierung, im Rahmen des Multimediawettbewerbs 2000 „Internet lernen – wir tun's“ innovative und tragfähige Ideen und Konzepte vorzustellen, beworben?
2. Welche Konsortien sind mit ihren Ideenskizzen ausgewählt worden und erhalten die Möglichkeit, detailliert ausgearbeitete Konzepte vorzulegen?
3. Sind die Krankenhäuser des Kreises Altenkirchen (Elisabeth-Krankenhaus in Kirchen und Lukas-Krankenhaus in Altenkirchen), die sich beworben haben, unter den prämierten Konsortien, die die Möglichkeit erhalten, ein umsetzungsreifes Konzept auszuarbeiten?

9. Abgeordneter
Johannes Berg (CDU)

Einschränkung des Grundrechtes auf Demonstrationsfreiheit

Ich frage die Landesregierung:

Was hat die Landesregierung unternommen, um den vom DGB Rheinland-Pfalz zwischenzeitlich aufgegriffenen und befürworteten Vorschlag des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, umzusetzen, zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit einzuschränken?

10. Abgeordneter
Klaus Hammer (SPD)

Probleme der kassenärztlichen Selbstverwaltung in Rheinhessen

Ich frage die Landesregierung:

1. Was hat sie im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht unternommen, als sie die Hintergründe der durch die Staatsanwaltschaft veranlassten Hausdurchsuchung erfahren hat?
2. Wie beurteilt sie den derzeitigen Stand der Angelegenheit?
3. Wie bewertet sie das Instrument der Rechtsaufsicht über die Kassenärztlichen Vereinigungen?
4. Hält sie aus rechtlicher Sicht eine Begleitung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen durch rechtsaufsichtliche Aktivitäten für notwendig?

11. Abgeordnete Jeanette Rott-Otte, Klaus Jürgen Lais, Franz Schwarz und Norbert Stretz (SPD)

Quersubventionierung von Tochterunternehmen der Deutschen Bahn AG durch die DB Regio AG

Wir fragen die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung Erkenntnisse über die Höhe der Mittel, die die DB Regio konzernintern an die DB Netz, DB Station und Service, DB Reise und Touristik und die DB Cargo abführen muss?
2. Welche Konsequenzen hat die Abführung der Mittel durch die DB Regio für den SPNV in Rheinland-Pfalz?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, eine weitere Zweckentfremdung der Regionalisierungsmittel zu verhindern?
4. Gibt es einen Zusammenhang mit dem bisher zwischen Land und DB Regio nicht abgeschlossenen Verkehrsvertrag und der Quersubventionierung?

12. Abgeordneter
Johannes Berg (CDU)

Unterrichtsversorgung an den Schulen in Rheinland-Pfalz

Ich frage die Landesregierung:

1. Treffen Presseberichte zu, dass Schulen – wie die Grundschule Jahnplatz in Wittlich – für pensionierte Lehrer zum Schuljahresbeginn keinen Ersatz zugewiesen erhielten, so dass betroffene Klassen nach Hause geschickt bzw. nur im tageweisen Wechsel mit anderen Klassen unterrichtet werden?
2. An welchen weiteren rheinland-pfälzischen Schulen waren wie viele Klassen nach den Sommerferien ebenfalls ohne Klassenlehrer?
3. Wie hoch waren die Ausgaben des Landes Rheinland-Pfalz, um die Lehrer und Lehramtsanwärter auszubilden, die in den letzten sechs Monaten von Rheinland-Pfalz in den hessischen Schuldienst gewechselt sind?
4. Wie hat sich aufgrund der kritischen Einstellungssituation bei Lehrern in Rheinland-Pfalz der Notendurchschnitt bei der Einstellung von Lehrern entwickelt?

13. Abgeordneter
Dr. Peter Enders (CDU)

Personalabbau bei der Bundeswehr durch Leiharbeit

Ich frage die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung Pläne der Bundesregierung bekannt, zivile Mitarbeiter der Bundeswehr, die heute noch mit zukünftig wegfallenden Aufgaben betraut sind, den privaten Unternehmen zur Verfügung zu stellen, die diese Aufgaben zukünftig für die Bundeswehr erledigen?
2. Falls ja, wie steht die Landesregierung zu diesen stark an die Leiharbeit erinnernden Plänen?

14. Abgeordnete Gisela Bill
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Landesbürgerschaft für die Caritas-Träger-Gesellschaft Trier (ctt)

Ich frage die Landesregierung:

1. Treffen Meldungen zu, dass die ctt Trier beim Finanzministerium eine Landesbürgerschaft beantragt hat; wenn ja, um welche Summe handelt es sich dabei?
2. Gegebenenfalls wann wird mit einer Entscheidung des Finanzministeriums bzw. mit einer Befassung durch den Landesbürgerschaftsausschuss zu rechnen sein?
3. Steht die Landesregierung nach wie vor zu der Auffassung, dass für die sozialen und gesundheitlichen Einrichtungen der ctt und die damit verbundenen Arbeitsplätze keine Gefahr besteht, da für diese unabhängig vom weiteren Schicksal der ctt in jedem Fall Bedarf im Raum Trier besteht?